

Der Bundesminister der Justiz

Bonn, den 16. Oktober 1964

3630/3 - 7478/64

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Deutsches Patentamt München**

Bezug: **Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**
— **Drucksache IV/2591** —

Die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD betreffend das Deutsche Patentamt München vom 6. Oktober 1964 — Drucksache IV/2591 — beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1

Die Prüfung der Möglichkeiten für eine wirksame Entlastung der Geschäftslage des Deutschen Patentamts ist so umfangreich, daß sie noch nicht abgeschlossen werden konnte. Infolgedessen liegen endgültige Ergebnisse noch nicht vor. Die in Betracht kommenden Maßnahmen müssen insbesondere auch mit den beteiligten Kreisen und Verbänden im einzelnen erörtert werden, vor allem, wenn sich eine einschneidende Änderung des Patenterteilungsverfahrens als notwendig herausstellen sollte. Diese Erörterungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zu Frage 2

Soweit beim Deutschen Patentamt organisatorische und andere Verwaltungsmaßnahmen in Betracht kommen, die zu einer Entlastung seiner Geschäftslage beitragen können, aber eine Änderung gesetzlicher Vorschriften nicht voraussetzen, ist das Erforderliche bereits veranlaßt worden. Im übrigen wird sich nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchungen sowohl eine Personalvermehrung beim Deutschen Patentamt als auch eine Änderung des gegenwärtigen Patenterteilungsverfahrens voraussichtlich nicht vermeiden lassen. Die Bundesregierung wird bereits bei ihren Vorschlägen für den Personalhaushalt des Jahres 1965 den Erfordernissen einer Entlastung der Geschäftslage des Deutschen Patentamts Rechnung tragen. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Patenterteilungsverfahrens wird vorsorglich bereits vorbereitet und, sobald die notwendigen Erörterungen mit den beteiligten Kreisen abgeschlossen sind und sich eine gesetzliche Änderung des gegenwärtigen Patenterteilungsverfahrens als notwendig herausgestellt hat, nach Möglichkeit zu Beginn der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden.

Dr. Bucher